

als auch der Südlibanon wurden von einer großen Anzahl terroristischer Anschläge, Bombardements und Raketenangriffe betroffen, deren Opfer überwiegend Zivilisten und deren Eigentum wurden. Zahlreiche Briefe der Vertreter Israels und des Libanon an den Generalsekretär und an den Sicherheitsrat geben davon ein be- redtes Zeugnis. Von den arabischen Staaten sowie den Vertretern der osteuropä- ischen Gruppe und China wird die Schuld an dieser Eskalation der Gewalt allein bei Israel und den von Israel unterstützten Truppen des Major Haddad gesehen, wäh- rend die westlichen Staaten deren Mitver- antwortung nicht leugnen, aber in der PLO einen wesentlichen Mitverursacher sehen. (Die PLO erhielt übrigens, wie in der vori- gen Sitzung zum gleichen Thema und mit demselben Abstimmungsergebnis, Rede- recht wie ein unter Regel 37 der Vorläufi- gen Geschäftsordnung eingeladenen UN- Mitgliedstaat.) Die Auffassung der west- lichen Staaten schlägt sich in der — von Israel geteilten — Kritik an dem Teil der Resolution 450(1979) nieder, in dem ledig- lich die israelischen Übergriffe beklagt werden. Es wurde aber davon abgesehen, Israel ausdrücklich zu verurteilen, wie es den Intentionen einiger Mitglieder des Rats entsprochen hätte. Kuwait bezeichnete die Resolution deshalb als Kompromiß. Israel, das die Verlängerung des Mandats aus- drücklich begrüßte, widersprach der Reso- lution auch in dem Punkt, in dem sie die Gültigkeit des Allgemeinen Waffenstill- standsabkommens von 1949 zwischen Is- rael und dem Libanon bekräftigt und die Parteien dazu auffordert, die zur Reaktivie- rung der Gemischten Waffenstillstands- kommission erforderlichen Schritte einzu- leiten. Während der Libanon von der Gül- tigkeit dieses Abkommens ausgeht und zu dessen Parteien auch die Palästinenser zählt, vertritt Israel die Meinung, daß es nur zwischen ihm und dem Libanon ge- schlossen wurde und vom Libanon 1967 durch die Beteiligung an dem damaligen Krieg ohnehin materiell aufgekündigt wor- den sei.

Angesichts dieser tiefgreifenden Meinungs- verschiedenheiten zwischen den Parteien, die dadurch nicht geringer werden, daß Is- rael einen Separatfrieden mit dem Libanon anstrebt, und der aktuellen Lage im Südl- banon insbesondere nach der Proklama- tion des sogenannten ›Freien Libanon‹ durch Major Haddad erscheint es wenig wahrscheinlich, daß sich die Friedenstrup- pe nach Ablauf dieser Mandatsperiode zu- rückziehen kann. Es gibt, so Waldheim, derzeit keine Alternative zu UNIFIL. Lai

Entkolonisierung und Treuhandfragen

West-Sahara: Klage Marokkos vor dem Sicher- heitsrat — Beschluß des OAE-Gipfels in Monro- via — Verzicht Mauretaniens (38)

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 2/1979 S.65ff. fort.)

I. *Mauretanien:* Noch Ende März dieses Jahres schien es, als ob die Stellung des Staatschefs, Oberstleutnant Mustapha Ould Saleck, unerschütterlich sei, als das ›Comité Militaire de Redressement National‹ (CMRN) seine Kompetenzen erweiterte.

Aber bereits am 6. April wurde das CMRN in einem unblutigen Coup durch ein ›Comité Militaire de Salut National‹ (CMSN) ersetzt. Saleck blieb zwar Staatspräsident; Ministerpräsident und damit Inhaber der Macht wurde jedoch Oberstleutnant Ahmed Ould Bouceif. Eine neue Verfassung übertrug dem CMSN die Legislative und die Richtliniengewalt über die allgemeine Politik des Landes. Es wird vermutet, daß Frankreichs Einfluß hinter dem Wandel stand. Oberstleutnant Bouceif wurde als pro-marokkanischer als Saleck einge- schätzt. Als Indiz kann gelten, daß der Ab- zug der in Mauretanien stationierten ma- rokkanischen Truppen, 8—9 000 Mann, der bis Ende der ersten vier Monate des Jah- res 1979 abgeschlossen sein sollte, unver- züglich suspendiert wurde.

Bouceif erklärte, er werde die Gespräche mit der West-Sahara-Befreiungsfront ›Frente POLISARIO‹ fortsetzen, Kontakte mit Algerien aufnehmen, aber die Allianz mit Marokko nicht aufgeben und keine Ent- scheidungen ohne Abstimmung mit Marok- ko fällen.

Ende April verbreitete die amtliche libysche Nachrichtenagentur JANA nach einem Be- such des mauretanienschen Außenministers Ahmed Ould Abdallah, Mauretanien sei bereit, seinen Anteil an der West-Sahara, die Provinz Tiris el-Gharbia, an die PO- LISARIO abzutreten. Diese Meldung wurde sofort von Nouakchott dementiert. Minister- präsident Bouceif, der Anfang Mai 1979 Paris und Madrid besuchte, erläuterte dort die Position Mauretaniens dahingehend, daß sein Land bereit sei, einem Referen- dum in seinem Teil der West-Sahara zuzu- stimmen. Eine bedingungslose Abtretung dieses Gebietes an die POLISARIO lehnte er jedoch entschieden ab. Insgesamt er- weckten seine Äußerungen den Eindruck, als ob er behutsam den Kurs der ›Dyna- mik des Friedens‹ weiterzuentwickeln und sich dabei die Zustimmung von Paris und Madrid für eine politische Lösung zu sichern suche.

Da wurde am 27. Mai 1979 dem Leben Bouceifs durch einen Flugzeugunfall vor der senegalesischen Küste ein Ende gesetzt. Gerüchte über ein Attentat wurden bisher nicht glaubwürdig bestätigt.

Bouceifs Nachfolger wurde der Oberst- leutnant Khouma Ould Haidalla. Der Über- gang vollzog sich erstaunlich reibungslos und zunächst ohne erkennbare wesentliche Kurskorrektur.

II. *Marokko:* Alle Hoffnungen Marokkos auf eine Verminderung der algerischen Un- terstützung für die POLISARIO nach dem Tode Boumediennes erwiesen sich als ei- tel. Im Gegenteil, die POLISARIO wurde immer offensiver und trug ihre Angriffe auch außerhalb der West-Sahara tief in marokkanisches Territorium hinein. In ih- rem Informationsorgan ›Sahara libre‹ No. 82 vom 22. Mai 1979 wird das ausdrück- lich betont und eine militärische Lösung des Konflikts angekündigt.

Bisher mit Marokko befreundete Staaten, besonders Spanien, beginnen ihre Posi- tionen zu überdenken und nähern sich deutlich Algerien an. Selbst Marokkos Rück- halt im arabischen Lager schwindet, ob- wohl Marokko im April — entgegen sei-

nen bisherigen Auffassungen — die diplo- matischen Beziehungen zu Ägypten ab- brach. Diese Demonstration des Wohlver- haltens gegenüber den Bagdader Beschlüs- sen der Arabischen Liga wurde nicht hono- riert.

Im Inneren spitzt sich die wirtschaftliche Krise bedrohlich zu, weil außer den enor- men Belastungen durch die Kriegführung mit der POLISARIO ein Preisverfall auf dem Weltmarkt für Phosphat, das wichtig- ste Exportgut Marokkos, die Handelsbilanz schwächt. Soziale Spannungen führten An- fang April zu Streiks. Noch aber ist die Sahara-Frage eine nationale Angelegen- heit, in der sich nach wie vor alle Parteien mit dem König einig sind.

In dieser Lage glaubte der König eine Flucht nach vorn antreten zu müssen. Sein Ständiger Vertreter bei den Vereinten Na- tionen schrieb am 13. und 15. Juni 1979 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (UN- Docs. S/13394 und S/13397). In diesen Schreiben wird darüber Beschwerde ge- führt, daß Marokko in drei Fällen durch Kräfte angegriffen wurde, die von algeri- schem Territorium ausgegangen und spä- ter dorthin zurückgekehrt seien. Marokko werde sein Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta aus- üben und in Zukunft Angreifer inner- und außerhalb seines Territoriums verfolgen.

Algerien antwortete am 16. Juni mit einem Brief (UN-Doc.S/13399), in welchem jede Verantwortung für die Aktionen der POLI- SARIO abgelehnt und der Konflikt als eine Angelegenheit zwischen dem Volke der Sa- hara und den beiden Besatzungsmächten Marokko und Mauretanien bezeichnet wur- de. Vom 20. bis zum 22. Juni 1979 wurde im Sicherheitsrat über den Streitfall hart verhandelt. Insbesondere wurde Marokko das Recht abgesprochen, aus dem Arti- kel 51 der UN-Charta ein ›right of hot pursuit‹ abzuleiten. Überraschend bat Ma- rokko am 25. Juni den Präsidenten des Rats, die weitere Behandlung seiner Klage beim Sicherheitsrat zu suspendieren (UN- Doc.S/13410). Anlaß hierzu sei ein Appell des Staatspräsidenten des Sudan, Moham- med el Numeiri an König Hassan in die- ser Angelegenheit gewesen.

Dieses gescheiterte diplomatische Manö- ver hat Marokko, zumindest in Afrika, nicht unerheblichen Prestigeverlust eingebracht. Während Marokko bisher stets die Zu- ständigkeit der Organisation der Afrikanis- chen Einheit (OAE) für den Sahara-Kon- flikt als gegeben bezeichnet hatte, erschien die Klage beim Sicherheitsrat als ein Ver- such, die OAE auszuschalten.

Die Wahl des Zeitpunkts, kurz vor der 16. Gipfelkonferenz der OAE in Monrovia (Li- beria), wurde als brüskierend empfunden. III. *OAE:* Der auf der 15. Gipfelkonferenz der OAE in Khartum im Juli 1978 mit der Untersuchung des Saharakonflikts beauf- tragte ›Rat der Weisen‹, der Ad-hoc-Ausschuß, hatte etwas unerwartet am 23. Juni 1979 in Khartum seinen Abschlußbericht vorgelegt, der auf dem Gipfeltreffen in Monrovia am 20. Juli 1979 mit den Ja-Stim- men von 33 Ländern bei zwei Nein-Stim- men und 14 Enthaltungen gebilligt wurde. Der Bericht des Ad-hoc-Ausschusses emp- fiehlt im wesentlichen:

- Sofortiger Waffenstillstand;
- Volksabstimmung des sahraouischen Volkes unter der Kontrolle der Vereinten Nationen mit Wahl zwischen Unabhängigkeit und Beibehaltung des Status quo;
- Einsetzung eines Sonderausschusses aus fünf OAE-Mitgliedern zur Überwachung der Vorbereitung der Volksabstimmung.

Außer Marokko haben die an dem Konflikt beteiligten Länder — auch Mauretanien — dem OAE-Vorschlag zugestimmt. Marokko reagierte mit dem Ausdruck tiefster Enttäuschung und bezeichnete die OAE-Beschlüsse in der gesamten Presse einschließlich derjenigen der Opposition als »null und nichtig«.

IV. *Neueste Entwicklungen:* Jedoch bleibt fraglich, ob und wie das Referendum durchzuführen ist. Bereits die Definition der Frage der Stimmberechtigung dürfte große Gegensätze aufreißen. Angaben über die Zahl der Sahraouis schwanken zwischen 70—80 000 und rund einer Million Menschen.

Für Marokko würde der Verlust der West-Sahara wohl den Sturz des Königs bedeuten. Es muß aber befürchtet werden, daß seine Nachfolger eher noch kompromißloser den nationalistischen Standpunkt vertreten würden. Das gilt sowohl für einen Putsch des Militärs als auch für eine Machtübernahme durch die sozialistischen Parteien.

Am 5. August schloß Mauretanien in Algier mit der POLISARIO einen Vertrag, in dem es auf seinen Anteil an der West-Sahara verzichtete. Der veröffentlichte Teil des Vertrages läßt offen, ob es sich um eine Abtretung an die POLISARIO oder — entsprechend den Forderungen von UNO und OAE — um die Bereitschaft handelt, ein Referendum abzuhalten. Aber hierbei handelt es sich nur noch um Rechtspositionen, seit Marokko als Gegenzug unverzüglich die Verwaltung und militärische Sicherung von Tiris el-Gharbia übernommen hat. Ferner kündigte Marokko an, daß es der UNO, der OAE und der Arabischen Liga den marokkanischen Standpunkt erneut unterbreiten werde.

So scheint für Mauretanien der Konflikt, der nur belastend war, bei dem es jedoch nichts gewinnen konnte, beendet zu sein. Für die übrigen Beteiligten aber ist in dieser Entwicklung kaum ein Fortschritt in Richtung Frieden erkennbar. Marokko jedenfalls, obwohl es immer mehr in die Isolierung gerät, und die POLISARIO haben ihre Haltung eher versteift.

Es entsteht der Eindruck, als ob in Zukunft von den beteiligten Mächten — auch von der OAE — stärker als bisher die Vereinten Nationen in die Konfliktregelung einbezogen würden. CK

Wirtschaft und Entwicklung

UNCTAD V: Rückblick auf Manila (39)

(Die folgenden Ausführungen knüpfen an den Bericht in VN 2/1979 S.67 an.)

UNCTAD V ging am frühen Vormittag des 3. Juni 1979 zu Ende, ohne daß in allen Punkten Einigkeit erzielt worden wäre. Auch die Verlängerung der Konferenz um

zwei Tage und die abschließende Nachsitzung hatten keine allseitige und umfassende Kompromißbereitschaft herbeizuführen vermocht. Einige Resolutionen wurden in kontroversen Abstimmungen verabschiedet, und zu dem zentralen Thema der Welthandels- und Wirtschaftslage sowie des Strukturwandels der Weltwirtschaft wurde ein Resolutionsentwurf mangels Einvernehmens erst gar nicht zur Abstimmung gestellt. Demgegenüber gelang es aber in etlichen anderen Fragen, konsensfähige Resolutionen auszuarbeiten.

144 Staaten waren auf der vom philippinischen Außenminister Carlos P. Romulo präsidierten fünften Welthandelskonferenz in Manila (7. Mai—3. Juni 1979) vertreten. 125 davon beteiligten sich an der allgemeinen Aussprache, die Bundesrepublik Deutschland mit einer Erklärung des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff. Von diesem zeitraubenden Ritual seien hier nur zwei Punkte mitgeteilt. So erscheint die Kritik hervorhebenswert, die Brasilien an den sogenannten Weltwirtschaftsgipfeln der sieben führenden westlichen Industrieländer übte. Brasilien wandte sich gegen einseitige Beschlüsse und Maßnahmen und setzte sich für vorherige Konsultationen und einen ständigen Dialog insbesondere mit den Entwicklungsländern ein; es vergewärtigte damit gut die Problematik des selbsteingesetzten Weltwirtschaftsdirektoriums. Bei dem zweiten Punkt der allgemeinen Aussprache, der hier genannt werden soll, handelt es sich um die Erklärung Kamputscheas. Für Kamputschea sprach Frau Leng Thirith, Minister für Sozialfragen unter dem Regime Pol Pot. Afghanistan, Bulgarien (auch im Namen anderer sozialistischer Staaten Osteuropas), Kuba und Vietnam protestierten gegen ihren Auftritt. Der kubanische Außenhandelsminister verwies in diesem Zusammenhang auf die Hunderttausende von Kamputscheanern, die von dem im Januar 1979 gestürzten Regime umgebracht worden seien. Es darf daran erinnert werden, daß die Sowjetunion ein gutes Jahr zuvor, als Großbritannien den Fall Kamputschea in der Menschenrechtskommission aufgeworfen hatte, noch erklärt hatte, die entsprechenden Beschuldigungen entbehrten jeder Grundlage und seien politisch motiviert (vgl. VN 3/1978 S.99). — Im folgenden seien auszugsweise die Ergebnisse von UNCTAD V referiert.

Internationaler Handel: Die Konferenz drängte die entwickelten Staaten, zum Abbau und zur Beseitigung quantitativer Importrestriktionen sowie von Maßnahmen mit ähnlicher Wirkung zu schreiten (Resolution 131(V) vom 3. Juni 1979).

Rohstoffe: UNCTAD widmete erstmals dem Nahrungsmittelhandel eine Entschließung (Resolution 105(V) vom 1. Juni). Sie nahm den Standpunkt ein, zu den Mitteln, die die Nahrungsmittelerzeugung in den Entwicklungsländern sowie deren Ausfuhr zu steigern und zugleich stabile und gerechte Preise sicherzustellen, gehöre auch der baldige Abschluß entsprechender internationaler Abkommen. Zu Weizen wurde eine besondere Resolution verabschiedet (Resolution 126(V) vom 3. Juni). Die Konferenz setzte sich in recht vorsichtigen, den divergierenden Interessen Rechnung tragenden

Worten dafür ein, die Verhandlungen über eine neue Weizen-Übereinkunft (vgl. VN 2/1979 S.69) erfolgreich abzuschließen. Zu Zucker wurde zwar keine Entschließung gefaßt, doch gab Kuba im Namen der Gruppe der 77 eine Erklärung ab, in welcher es das Einfuhr- und Ausfuhrverhalten der EG heftig kritisierte. Eine sehr lange Resolution galt dem Integrierten Rohstoffprogramm (Resolution 124 (V) vom 3. Juni). Die Welthandelskonferenz fordert die Staaten auf, den Abkommenstext über den Gemeinsamen Rohstofffonds beschleunigt auszuarbeiten, so daß die Vertragskonferenz noch vor dem Ende des Jahres 1979 wieder zusammentreten könne. Überdies sollten sie mitteilen, zu welchen freiwilligen Beiträgen zum »zweiten Schalter« des Fonds (d. h. demjenigen im Dienste von anderen Maßnahmen als der Finanzierung von Rohstoff-Ausgleichslagern, beispielsweise Absatzförderung, Qualitätsverbesserung, Weiterverarbeitung) sie bereit seien. Bis zum Ende von UNCTAD V legten sich dreizehn Staaten auf bestimmte Beträge fest (Philippinen 25 Mill US-Dollar, Norwegen 22, Niederlande 17, Schweden 5,5, Indien 5, Belgien 3, Dänemark 2—3, Finnland und Österreich je 2, Indonesien, Malaysia und Thailand je 1, Singapur 0,25). Die Zusagen belaufen sich auf insgesamt 87—88 Mill US-Dollar gegenüber einer Zielsumme von 280 Mill Dollar. Dreizehn weitere Staaten kündigten Beiträge von noch nicht spezifizierter Höhe an (Australien, Bundesrepublik Deutschland, Indonesien, Irland, Japan, Jugoslawien, Kanada, Korea (Republik), Luxemburg, Mexiko, Schweiz, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate).

In einem weiteren Teil der Resolution zum Integrierten Rohstoffprogramm wurde darauf gedrungen, die Verhandlungen über einzelne Erzeugnisse zu intensivieren und möglichst bald Vertragskonferenzen einzuberufen. Des weiteren wurde für die Aufnahme von Preisbestimmungen in Rohstoffabkommen plädiert, insbesondere von vereinbarten Preisspannen, die periodisch überprüft und erforderlichenfalls angepaßt werden würden, unter Berücksichtigung unter anderem der Veränderungen bei den Preisen importierter Fertigwaren, Wechselkursen, Produktionskosten und der Weltinflation, sowie des Produktions- und Verbrauchsniveaus. Nach Annahme der Entschließung verdeutlichten die entwickelten Marktwirtschaftsländer ihren Standpunkt, nicht künstliche Maßnahmen, sondern die Marktkräfte sollten der bestimmende Faktor für Rohstoffpreise sein. Namentlich die Bundesrepublik Deutschland hob hervor, jegliche Indexierung der Rohstoffpreise wäre volkswirtschaftlich gesehen ein Fehler.

Die Konferenz nahm eine besondere Resolution zu Wolfram an, das nicht auf der Rohstoffliste des Integrierten Programms steht. Der UNCTAD-Generalsekretär soll unter gewissen Voraussetzungen »möglichst bald und vorzugsweise vor Ende 1980« eine Vertragskonferenz einberufen (Resolution 104(V) vom 1. Juni).

Zu einer Kontroverse kam es schließlich über die Frage eines zusätzlichen Systems kompensatorischer Finanzierung. Die Gruppe der 77 beharrte erfolgreich auf der Annahme einer Resolution (75 zu 12 Stimmen